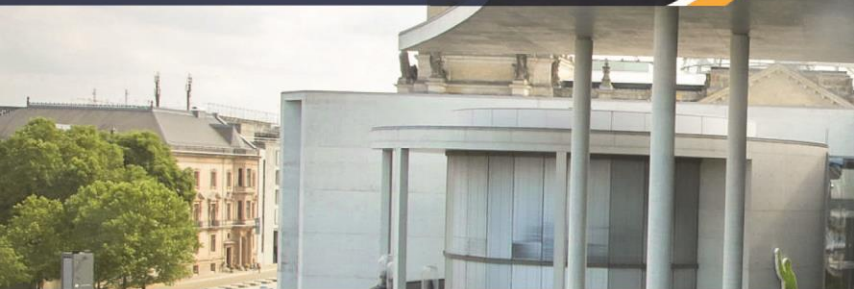


Bericht aus Berlin und dem Wahlkreis Diepholz/Nienburg I



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, eigentlich sollte in dieser Woche der Bundeshaushalt 2024 im Mittelpunkt stehen. Doch die Ampel hat diesen kurzfristig von der Tagesordnung nehmen lassen, um erst einmal einen **Nachtragshaushalt für das laufende Jahr** zu erstellen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss die Regierung nun ihre Haushaltstrickereien, wie die Zweckentfremdung von Notfallkrediten, aufgeben und schnellstens rechtmäßige Haushaltspläne erarbeiten. Für dieses Jahr sieht Finanzminister Lindner allerdings nur die erneute Aussetzung der Schuldenbremse als Ausweg und will dies mit der Energiekrise als Notlage begründen. Wir als **konstruktive Opposition** werden den Entwurf, der heute in erster Lesung im Bundestag debattiert wurde, genauestens abwägen und eigene Vorschläge machen. Wir halten zugleich ausdrücklich fest: Angesichts von Steuereinnahmen in Rekordhöhe hat **unser Land kein Einnahmenproblem, sondern vielmehr ein Ausgabenproblem!** Es gilt, die richtigen Prioritäten zu setzen und nicht ideologische Träumereien auf Kosten der Allgemeinheit zu verwirklichen. Mehr: www.cduscu.de/themen/haushaltmisere-ampel-hat-keinen-plan-b

Zum Auftakt dieser Sitzungswoche kam die **AG Arbeit und Soziales** der Unionsfraktion zur Klausurtagung zusammen. Dabei diskutierten wir auch mit Experten darüber, wie die **Arbeits- und Fachkräftesicherung** erfolgreich gelingen kann und wie sich die praktische Ausgestaltung des Bürgergeldes bislang anlässt (Bild oben rechts).



Die überzogenen **Vorschläge der EU-Kommission zum Pflanzenschutz**, die für viele landwirtschaftliche Betriebe das Aus bedeutet hätten, sind vom Tisch. Diese Entscheidung des Europa-Parlaments ist ein wichtiges Signal. Naturschutz darf nicht gegen die Landwirtschaft ausgespielt werden und funktioniert auch nicht mit der Brechstange und realitätsfernen Vorschriften. Wir müssen **Lösungen gemeinsam mit unseren Landwirten**, die unser aller Ernährung sichern, finden. Mehr dazu: www.cduscu.de/presse/pressemitteilungen/naturschutz-geht-nicht-gegen-landwirtschaft?fbclid=IwAR2VVbapy0b_FEIPpbzPGB-KOIfsefUvUERi-DUUhTxRQtL0utqyydEibMbQ

Auch in diesem Winter warnt der pharmazeutische Großhandel vor **Lieferengpässen bei Medikamenten**, insbesondere bei Kinderarzneimitteln. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dazu bereits in der letzten Sitzungswoche einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der u.a. eine Stärkung der **Apotheken vor Ort**, gerade im ländlichen Raum, vorsieht. Hier findet man diesen Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/093/2009319.pdf>



Axel Knoerig
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin



axel.knoerig@bundestag.de



030 227 71729



www.axel-knoerig.de



Neues aus Berlin

Um **faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft** ging es in meiner gestrigen Bundestagsrede. Ich machte deutlich, wie engagiert unsere heimischen Betriebe sind und wie wichtig es für ihr wirtschaftliches Auskommen ist, nicht ständig durch neue Regulierungen aus Berlin und Brüssel gegängelt zu werden. Auch die drastische Reduzierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung im letzten Jahr um 77 Mio. Euro nannte ich als Beispiel für die missratene Agrarpolitik der Ampel. Video der Rede: www.bundestag.de/mediathek?videoid=7604440#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjAONDQw&mod=mediathek



Bildquelle: www.bundestag.de

Die Ampel-Regierung will die **Rückführungen von Ausreisepflichtigen** verbessern. So soll u.a. die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage verlängert werden, damit die Behörden mehr Zeit haben, eine Abschiebung vorzubereiten. Auf die Gesamtzahlen dürfte sich dies kaum auswirken. Auch bei Personen, die wegen eines Schleusungsdelikts mindestens zu einem Jahr Haft verurteilt wurden, wird die Abschiebung erleichtert. Dasselbe gilt für Mitgliedern krimineller Vereinigungen. Dazu kommen weitere notwendige und richtige Regelungen, die allesamt noch den Praxistest bestehen müssen.

Des Weiteren will die Bundesregierung das Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren. Die **Anforderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft** sollen deutlich gesenkt werden. Vorgesehen ist u.a. eine Härtefallregelung: Wenn „trotz ernsthafter und nachhaltiger

Bemühungen“ der Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse „nicht möglich oder dauerhaft wesentlich erschwert“ ist, dann wird auf schriftliche Deutschkenntnisse und den Einbürgerungstest verzichtet. Wir als Union sehen dagegen die **Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration**. Daher sehen wir die Anpassungen bei der Lebensunterhaltssicherung besonders kritisch. Eine volle Aufnahme von Arbeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen muss auf dem Weg zur Staatsangehörigkeit die Regel bleiben und darf nicht zur Ausnahme werden.

Überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Umsetzungsprobleme in Behörden **belasten unsere Wirtschaft**. Mit einem Antrag zum Bürokratieabbau fordern wir, dass sich die Wirtschaft mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, Ideen umsetzen und Arbeitsplätze sichern kann.

Die Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges haben deutlich gemacht, dass Deutschland und die EU sich so weit wie möglich **selbstständig mit Nahrungsmitteln versorgen** können sollten. Wir haben unsere Vorschläge zur **Stärkung der Ernährungssicherheit** vorgelegt.

In der Europäischen Union dürfen ab 2035 nur noch Pkw und leichte Nutzfahrzeuge neu zugelassen werden, die nicht mit Benzin oder Diesel fahren und kein CO₂ ausstoßen. Darüber hinaus ist zwischen der EU und Deutschland vereinbart, bis Herbst 2024 eine **neue Fahrzeugkategorie namens „E-Fuels only“** zu schaffen. In diesem Rahmen können Verbrenner, die mit klimafreundlichen Kraftstoffen betrieben werden, über 2035 hinaus neu zugelassen werden. Bundesverkehrsminister Wissing hatte dies als großen Verhandlungserfolg verkündet. Dennoch gibt es **bisher keine rechtlich bindenden Vereinbarungen**, weswegen wir diese in einem Antrag fordern. Ferner haben wir ein **Positionspapier** zum Thema beschlossen: [„Klimafreundliche Kraftstoffe nutzen – Technologieoffenheit gewährleisten“](#)





Gestern fand eine Sitzung des **Parlamentarischen Gesprächskreises Ahmadiyya** statt. Ein Islamwissenschaftler und der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe, informierten zu muslimisch geprägten Ländern, wo Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde verfolgt und vertrieben werden. Ich pflege seit langem einen guten Kontakt zu der dazugehörigen **Nasir-Moschee in Stuhr-Brinkum**.

Zu Gast in Berlin

66 Jugendliche der **Oberschule Bassum** besichtigten in der letzten Woche den Deutschen Bundestag. Die Zehntklässler wurden von den Lehrkräften Janin Klaassen, Eva Launus, Jasmin Leymann, Andreas Hotopp, Christian Kaiser und Christian Tschorn begleitet.



Im Wahlkreis

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages war in der vergangenen Woche zu Gast im Sulinger Gymnasium. Auf der Eröffnung am Montag rief ich die anwesenden Jugendlichen dazu auf,

sich aktiv für unsere Demokratie einzusetzen. In den wenigsten Ländern der Welt sind demokratische Grundrechte, wie Meinungs-, Versammlungs- oder Religionsfreiheit, so selbstverständlich wie bei uns in Deutschland. Gerne stand ich anschließend Rede und Antwort für alle Fragen der Schülerinnen und Schüler sowie der interessierten Lehrkräfte. Zum Abschluss am Freitag stand ich gerne erneut mehrere Stunden als Ansprechpartner in der öffentlichen Ausstellung für Bürgerfragen zur Verfügung. Nochmals vielen Dank an das Sulinger Gymnasium mit Schulleiterin Dagmar Gerding und Politik-Fachleiter Christian Kramer für die Gastfreundschaft!



Auf der **Klausurtagung des Kreissportbundes Diepholz** ging es um die heimische Sport- und Vereinsentwicklung. Auch wurden die Zuschüsse für Sportgeräte, die unsere Vereine beim KSB beantragt haben, beschlossen: In diesem Jahr werden 44 Sportvereine, die insgesamt 165.000 Euro investieren, mit einer Gesamtsumme von 34.000 Euro gefördert. Neben dem Vorstand mit dem Vorsitzenden Peter Schnabel und Geschäftsführerin Vera Tebelmann waren auch die Sportreferenten Tjarden Lohmeier (KSB Diepholz) und Bastian Strauß (KSB Nienburg) dabei. Die beiden Verbände kooperieren als Sportregion Diepholz-Nienburg. Ebenfalls auf den Bildern: Conny

Lohmeier-Bockhop, David Beider, Rolf Ehlers,
Wilhelm Köster und Uwe Drecktrah.



Termine und Hinweise

Mittwoch, 6. Dezember, 19.30 Uhr: Weihnachtessen von Vorstand und Fraktion der CDU Kirchdorf, Gasthaus Koopmann

Donnerstag, 7. Dezember, 19.00 Uhr: Jahreshauptversammlung der CDU Siedenburg mit Vorstandswahlen und meinem Bericht aus Berlin, Gaststätte Deutsches Haus

Freitag, 8. Dezember, 19.00 Uhr: Weihnachtsfeier der CDU Stuhr, Restaurant Wessels am See, Groß Mackenstedt

Sonntag, 10. Dezember, 14.00 Uhr: Adventsdoppelkopf der CDU Siedenburg, Ort folgt

Donnerstag, 14. Dezember, 18.30 Uhr: traditionelles Punschtreffen der CDU Weyhe im Pfälzer Weintreff auf dem „Weihnachtsmarkt“

Mittwoch, 20. Dezember, 18.00 Uhr: Weihnachtsfeier des CDU-Stadtverbandes Diepholz, Schankwirtschaft Landgraf

Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren können sich mit kreativen Projekten, wie Podcasts, Videos, Comics oder Kanälen auf social media, für einen Wettbewerb anmelden: Es geht um die **deutsche Geschichte seit Mauerfall und Wiedervereinigung**. Teilnehmen können Jugendliche aller Schulformen sowie Gruppen außerschulischer Einrichtungen, wie Vereine, Volkshoch-

schulen oder Bildungszentren. Alle Gewinner werden zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen (einschl. Fahrt- und Übernachtungskosten)

und mit Preisen von 500 bis 3.000 Euro belohnt. Mehr: www.umbruchszeiten.de



Veranstalter von **kleinen und mittleren Musikfestivals** können sich bis **18. Dezember 2023** um Fördermittel von bis zu 50.000 Euro für die Saison 2024 bewerben. Antragsberechtigt sind Festivals der populären Musik und des Jazz sowie „Umsonst & Draußen“-Musikfestivals. Mittel aus dem "Festivalförderfonds" können auch große etablierte Festivals beantragen, die sich durch besondere Schwerpunkte auszeichnen. Mehr: www.initiative-musik.de/livemusikfoerderung

Unternehmen aus dem Landkreis Diepholz, die erfolgreiche Inklusionsprojekte im betrieblichen Alltag verwirklichen, können sich bis zum 28. Februar 2024 für eine Auszeichnung bewerben. Der Landkreis sucht gute Beispiele für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben. Mehr: www.diepholz.de/portal/meldungen/auszeichnung-von-unternehmen-fuer-die-beispielhafte-beschaeftigung-und-integration-schwerbehinderter-menschen-900009429-21750.html?rubrik=900000013

Am Sonntag ist der **erste Advent** und im Bundestag steht bereits der traditionelle Weihnachtsbaum der **Lebenshilfe**. Eine schöne Vorweihnachtszeit wünscht

Axel Knoerig

